

# Interessenvertretung durch Lobbyabgeordnete in Japan

Carmen Schmidt (Osnabrück)

## Abstract

Lobbyabgeordnete fungieren in Japan als wichtigstes parlamentarisches Glied der Interessenabstimmung zwischen Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie. Neben der Analyse der politischen Funktion dieser Abgeordneten stehen die Rekrutierungsmuster und innerparlamentarischen Karrierevoraussetzungen im Mittelpunkt der Untersuchung. Wie gezeigt wird, ist die japanische Form des Lobbyismus gekennzeichnet durch eine geringe Transparenz sowie eine Verquickung von politischer Interessenvertretung und (finanziellem) Privatinteresse der Parlamentarier. Lobbyabgeordnete rekrutieren sich nach wie vor vorwiegend aus langjährigen Abgeordneten der größten Regierungspartei LDP, doch zeigt sich ein Wandel von „Experten“ eines jeweiligen Fachbereichs zu „Spontan-Lobbyisten“, die je nach Bedarf die Interessen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche vertreten. Dieser Trend hin zu einer opportunistischen Interessenvertretung behindert nicht nur den gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich, sondern führt auch zu einer gestärkten Rolle der japanischen Ministerialbürokratie im Gesetzgebungsprozeß mit negativen Folgen für die japanische Demokratie.

## Einleitung

Als Lobbyabgeordnete (*zokugin* 族議員)<sup>1</sup> werden in Japan Parlamentarier bezeichnet, die Partikularinteressen vertreten, sich in Partei und Parlament für die Interessen der Landwirtschaft und einzelner Industriesektoren einsetzen oder auf politische Teilbereiche wie Bildung, Post, Verkehr, Steuerwesen etc. spezialisiert sind und als Anlaufstelle für die Interessenabstimmung mit der Ministerialbürokratie dienen. Da diese Abgeordneten, die zumeist der langjährigen Regierungspartei LDP (Liberal-Demokratische Partei, Jiyû minshu tō)<sup>2</sup> angehören

---

1 *zoku* bedeutet Familie oder Stamm, *gin* Abgeordnete(r). In der Vergangenheit wurden diese Parlamentarier in der Literatur aufgrund ihrer Fachexpertise auch als „Expertenabgeordnete“ bezeichnet. Wie die vorliegende Untersuchung verdeutlicht, spielt das Fachwissen dieser Abgeordneten jedoch eine immer geringere Rolle, weshalb hier der Bezeichnung „Lobbyabgeordnete“ der Vorzug gegeben wird.

2 Die LDP war von ihrer Gründung im Jahr 1955 bis zu den Umstrukturierungen im Parteiensystem 1993 ununterbrochen die alleinige Regierungspartei. Nach einem kurzfristigen

ren, nicht über feste Organisationsstrukturen verfügen, ist ihre genaue Zahl nicht angebar. Die hier vorliegende Untersuchung stützt sich auf eine von der Zeitschrift *Shûkan Asahi* zusammengestellte Liste, derzufolge im Jahr 2002 76 Abgeordnete des nationalen Parlaments in 11 Politikbereichen<sup>3</sup> tätig waren, von denen etwa ein Viertel (26.3%) in mehr als einem Feld agierte (Tab. 1).

Im Folgenden soll zunächst die politische Funktion dieser Abgeordneten analysiert werden. Anschließend werden die Rekrutierungsmuster und innerparlamentarischen Karrierevoraussetzungen untersucht, die anhand des Personenverzeichnisses für Politik und Verwaltung (*Seikai kanchô jinjiroku* 2003) recherchiert wurden. Die Auswertung erfolgt hierbei je nach Erkenntnisinteresse nach Personen (N=76) oder Positionen (N=100). Stand der Daten ist der 1.3.2002.

**Tab. 1: Gesamtprobe der Lobbyabgeordneten**

Anzahl Politikfelder	Personen	in %		Positionen
1	56	73.7		56
2	17	22.4	} 26.3	34
3	2	2.6		6
4	1	1.3		4
N =	<b>76</b>	<b>100</b>		<b>100</b>

### Die politische Funktion von Lobbyabgeordneten

Die Konsolidierung der Vorherrschaft der konservativen LDP im politischen System Japans und die Festigung der Beziehungen zwischen Partei, Ministerialbürokratie und wirtschaftlichen Interessengruppen führte in der Mitte der 1960er Jahre erstmals zum Auftreten von Lobbyabgeordneten. Ihre Einflußnahme erfolgt auf allen Stufen des Policy-Prozesses, vom Agenda-setting über die Politikformulierung und Entscheidungsfindung bis hin zur Implementation. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei der Ausschuß für politische Grundsatzfragen der LDP (*seimu chôsakai*), in dem unterschiedliche Interessengruppen und Ministerialbürokraten mit führenden LDP-Politikern zusammentreffen, um Politikmaßnahmen in verschiedenen Bereichen abzustimmen. Gemäß den Statuten der LDP werden alle Gesetzesinitiativen zunächst von diesem Ausschuß geprüft und bedürfen seiner Zustimmung, bevor sie vom Kabinett verabschiedet und ins Parlament eingebracht werden können (LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI JAPANS 2004: 1f.). Der Ausschuß gliedert sich in verschiedene Unterabteilungen (*bukai*), die den Ministerien und ständigen Ausschüssen im Parlament

Machtverlust von 1993 bis 1996 stellt sie in wechselnden Koalitionen erneut den Ministerpräsidenten.

3 Diese waren: Verteidigung, Umwelt, Bau, Finanzen, Handel, Post, Außenpolitik, Landwirtschaft und Forsten, Erziehung und Bildung, Transportwesen sowie Gesundheit und Arbeit.

entsprechen, in denen die Beratung der Gesetze erfolgt. Daneben bestehen etwa 40 Studienkommissionen (*chôsakai*) und Sonderausschüsse (*tokubetsu iinkai*) für unterschiedliche Politikbereiche.

Die Lobbyabgeordneten rekrutieren sich in der Regel aus Parlamentariern, die über langjährige Erfahrungen im Parlament verfügen, zumeist bereits verschiedene Posten in Partei und Parlament innehatten und daher – neben ausreichender politischer Erfahrung – auf ein gut ausgebautes Netz von persönlichen Beziehungen zurückgreifen können. Über diese Abgeordneten besteht ein ständiger Austausch zwischen Parlamentariern, Interessengruppen und Ministerialbürokratie, weshalb sie als wichtigstes innerparlamentarisches Glied der Interessenkoordination bezeichnet werden können (KITAGAWA / KAINUMA 1993: 132–35; HREBENAR / NAKAMURA 2000: 138f.).

Neben ihrer generellen Funktion als Kontaktpersonen und „Verbindungskanäle“ zwischen Politik, Bürokratie und Interessengruppen bestehen ihre Haupttätigkeitsfelder darin, Einfluß zu nehmen auf Gesetzesentwürfe im Sinne der von ihnen vertretenen Interessen, insbesondere durch informelle Vorabsprachen (*nemawashi*), die Haushaltsaufstellung zugunsten „ihrer“ Interessenbereiche sowie die lokalen und bereichsspezifischen Schwerpunkte des staatlichen Investitions- und Kreditprogramms (*zaisei tōyūshi keikaku*). Im Rahmen dieses Programms werden Fünf-bis-Zehn-Jahres-Pläne durch die japanische Ministerialbürokratie für eine große Anzahl von Politikbereichen, wie Wohnen, Bildung, Entwicklung der Industrie, Transport und Kommunikation, Handel u. a. erstellt und in erster Linie über die noch staatseigene Postbank Japans finanziert. Den Umfang dieser Programme verdeutlicht die Tatsache, daß das Budget dieses „Zweithaushalts“ zwischen 1990 und 2000 50–70% des Gesamthaushaltes entsprach. Solche Abgeordnete übernehmen somit im politischen und administrativen Entscheidungsfindungsprozeß eine Rolle, die in anderen Staaten den industriellen Lobbygruppen zukommt.<sup>4</sup>

Die Form der Beeinflussung des Gesetzgebungsprozesses und der Budgetierung durch Lobbyabgeordnete unterscheidet sich sowohl vom Korporatismus als auch von pluralistischer Interessenvermittlung.<sup>5</sup> So ist die Interessenvertretung in Japan gekennzeichnet durch einen informellen, nicht-institutionalisierten Charakter der Interessenrepräsentation. Formale Regelungen, wie sie im US-Amerikanischen Federal Regulation of Lobbying Act von 1946 bzw. dem Lobby Restrictions Act von 1995 festgeschrieben wurden, fehlen gänzlich; auch existiert keine offizielle Lobbyliste wie im deutschen Bundestag. Dies hat ein geringes Maß an öffentlicher Sichtbarkeit und Kontrolle und ein hohes Maß an verborgener Einflußnahme zur Folge. Zudem erfolgt keine gleichberechtigte

---

4 Zur Rolle der Lobbyisten insbes. in den USA ausführlich MILBRATH 1963 und HREBENAR / BURBANK / BENEDICT 1999: Kap.9.

5 Zu den genannten Konzepten der Interessenvermittlung ausführlich LEHMBRUCH / SCHMITTER 1982, STEFFANI 1980, ALMOND u. a. 2004: Kap.4.

(paritätische) Einbindung von Verbänden, insbesondere von Gewerkschaften.<sup>6</sup> Angesichts der Vorherrschaft der konservativen LDP im politischen Systems Japans beschränkt sich der Lobbyismus ausschließlich auf die von der Partei vertretenen Interessen, vor allem von Wirtschaft und Landwirtschaft.

Die politische Einbindung von Interessen hat Czada (1992:219) zufolge zwei mögliche Folgen: die Durchsetzung gruppenegoistischer Ziele und die Mäßigung interessenpolitischer Forderungen. Das japanische Konzept des Lobbyismus betont beide Möglichkeiten, ohne allerdings den gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich zum Ziel zu haben. Die Abstimmung der Interessen und die Konfliktregulierung erfolgt hierbei lediglich im Hinblick auf die divergierenden Partikularinteressen der einzelnen Wirtschaftsbereiche und die Möglichkeiten der Regierung, bestimmte Interessen gesellschaftlich und wirtschaftspolitisch durchsetzen zu können (CURTIS 1988: 115f.).

Hinsichtlich der politischen und ökonomischen Steuerung und Konfliktlösung erwies sich das japanische System der Interessenvermittlung in der Vergangenheit zwar als äußerst effektiv, doch führte die Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Interessen zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit in der Gesellschaft, die sich insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre in einer stetig sinkenden Wahlbeteiligungsrates und einer wachsenden Zahl an Nichtunterstützern politischer Parteien manifestiert.

Die einseitige Einbindung wirtschaftlicher Interessen in den politisch-administrativen Prozeß spiegelt sich in der Zusammensetzung der verschiedenen beratenden Gremien wie den offiziellen Beratungsbeiräten (*shingikai*) und persönlichen Beratungsorganen der Ministerien (*shiteki shimon kikan*), in denen ebenfalls unterschiedliche Interessen abgestimmt werden und denen gleichfalls eine wichtige Rolle in der Gesetzesvorbereitung zukommt. So zeigt die Analyse der prozentualen Zusammensetzung der offiziellen Gremien zwischen 1979 und 1996, daß unter den Interessenverbänden jene der Wirtschaft überproportional stark vertreten waren, während Gewerkschaften, Frauen-, Umwelt- oder Konsumentengruppen kaum beteiligt wurden (WATANABE / SCHMIDT 2004:62).

### **Rekrutierungsmuster und innerparlamentarische Karrierevoraussetzungen**

Bislang war es idealtypisch für eine LDP-Abgeordnetenlaufbahn, daß ein neugewählter Parlamentarier zu Beginn seiner Karriere in eine der Abteilungen des Ausschusses für politische Grundsatzfragen der Partei eintrat und in ihr verblieb, solange er sein Mandat innehatte. Auf diese Weise spezialisierte er sich in einem bestimmten Politikbereich und häufte innerhalb von diesem ein umfassendes Fachwissen an. Da innerparlamentarische Karrieren nach der Zahl

---

6 Die schwache politische Rolle der japanischen Gewerkschaften, die in der Vergangenheit mit den vom Regierungsprozeß ausgeschlossenen Linksparteien affiliert waren, ist hinlänglich bekannt und soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden; vgl. hierzu z.B. PEMPEL / TSUNEKAWA 1979, BOBKE / LECHER 1990, SEIFERT 1997.

der Wiederwahlen verlaufen, rückte ein Abgeordneter graduell in der Hierarchie einer Abteilung auf, bis er nach vier bis fünf Wiederwahlen den Rang des Vorsitzenden erreichte. Nach durchschnittlich eineinhalb Jahren in diesem Amt wurde er automatisch Mitglied einer *zoku* innerhalb der LDP. Um in den inneren Zirkel der *zoku* aufzurücken, war neben dem Posten des Vorsitzenden (*bukai-chô*) zudem das Amt des Ausschußvorsitzenden des jeweiligen Politikbereichs (*iinchô*)<sup>7</sup> sowie ein Mandat als Vizeminister für politische Angelegenheiten (*jimu jikan*)<sup>7</sup> oder ein Ministerposten (*kokumu daijin*) innerhalb des entsprechenden Ministeriums eine Grundvoraussetzung (INOBUCHI / IWAI 1987: 105ff.).

Die übergroße Mehrheit der Lobbyabgeordneten (93,4%) des hier untersuchten Samples waren Abgeordnete des Unterhauses und fast alle (98,7%) Mitglieder der LDP. Lediglich eine Person entstammte der Neuen Konservativen Partei (*Hoshushintô*), die nach der Unterhauswahl im Herbst 2003 in der LDP aufging. Bezogen auf alle Parlamentarier des Unterhauses betrug der Prozentsatz der Lobbyabgeordneten annähernd 15%, innerhalb der LDP-Unterhausfraktion knapp 30%. (Tab.2). Jeder dritte Parlamentarier der LDP verfügt somit über regelmäßige Kontakte zur Bürokratie und den Interessengruppen, weshalb dieser Form von Konsultationen hinsichtlich der Interessenabstimmung eine hohe Bedeutung zukommen dürfte.

Die LDP ist seit ihrer Gründung in rivalisierende Faktionen gespalten, die in den Parteistatuten nicht vorgesehen sind, wobei die Faktionalisierung nicht aufgrund einer ideologisch-programmatischen Orientierung erfolgt, sondern primär auf traditionellen, hierarchischen Kleingruppenbeziehungen beruht (SCHMIDT 2001:251). Der Untersuchung von Inoguchi / Iwai (1987:150) zufolge konzentrierten sich Lobbyabgeordnete bestimmter Bereiche innerhalb verschiedener Faktionen der LDP. So wies beispielsweise die Faktion des ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka Kakuei (1918–1993; MP von Juli 1972 – Dez. 1974), eines Bauunternehmers, einen Prozentsatz von annähernd 70% an Lobbyabgeordneten des Bausektors auf. Im vorliegenden Sample kann ebenfalls eine gewisse Konzentration von Lobbyabgeordneten in bestimmten Faktionen festgestellt werden (Tab.3), doch kann nicht generell von einer Gleichsetzung von Faktion und *zoku* gesprochen werden. Vielmehr zeigt die generelle Verteilung eine Korrelation zur Größe der Faktion. So wies die stärkste Faktion (Hashimoto) mit 26% auch den höchsten Prozentsatz an Lobbyabgeordneten auf, gefolgt von der zweitgrößten Faktion (Mori) mit einem Anteil von 20%, während die kleinsten Faktionen Katô, Kôamura und Kôno mit 8 bzw. 4% die geringsten Anteile aufwiesen.<sup>8</sup>

---

7 Im Zuge der Neuordnung der Ministerien und Behörden im Jahr 2001 wurde die Position abgeschafft und durch ein System aus Vizeministern (*fukudaijin*) und Parlamentarischen Staatssekretären (*daijin seimu kan*) ersetzt.

8 Die Faktionen umfaßten im Jahr 2002 (Unter- und Oberhaus) die folgende Zahl an Abgeordneten: Hashimoto-Faktion 101 (28,6%), Mori-Faktion 58 (16,4%), Etô / Kamei-Faktion 55 (15,6%), Yamasaki-Faktion 23 (6,5%), Horinouchi-Faktion 44 (12,5%), Katô-Faktion 14 (4%), Kôamura-Faktion 15 (4,2%), Kôno-Gruppe 10 (2,8%), Ohne Faktion 33 (9,3%).

**Tab. 2: Herkunft der Lobbyabgeordneten, Parteizugehörigkeit und Anteil im Parlament sowie unter den Parlamentsmitgliedern der LDP im Jahr 2002**

<b>Herkunft</b>	<b>Anzahl</b>	<b>in %</b>	
Unterhaus	71	93.4	
Oberhaus	5	6.6	
<b>Gesamt</b>	<b>76</b>	<b>100</b>	
<b>Parteizugehörigkeit</b>	<b>Anzahl</b>	<b>in %</b>	
LDP	75	98.7	
<i>Hoshu shintô</i>	1	1.3	
<b>N =</b>	<b>76</b>	<b>100</b>	
<b>Anteil</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Lobbyabgeordnete</b>	<b>in %</b>
Unterhaus gesamt	480	71	14.8
LDP-Abgeordnete Unterhaus	239	70 <sup>1</sup>	29.3
Oberhaus gesamt	247	5	2.0
LDP-Abgeordnete Oberhaus (inkl. <i>Hoshu shintô</i> ) <sup>2</sup>	114	5	4.4

Anm.: Personen, die in einem oder mehreren Politikbereichen vertreten waren. Zahl der Mandate: Stand: 9.9.2002 nach *Asahi gendai yôgo chiezô* 2003:364.

1 Berechnung unter Ausschluß des Mitglieds der *Hoshu shintô*.

2 LDP und *Hoshu shintô* bildeten im Oberhaus eine Gruppe.

Frühere Untersuchungen zeigten, daß sich der Ausbildungsort von Elitemitgliedern in Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie auf nur wenige Universitäten und Fakultäten beschränkt, weshalb verschiedentlich argumentiert wurde, daß akademischen Cliques (*gakubatsu*), und hier insbesondere der „*Tôdai-Connection*“ ehemaliger Absolventen der Eliteuniversität von Tôkyô, für die Kommunikation der verschiedenen Elitegruppen in Japan eine hohe Bedeutung zukommt. (KERBO / MCKINSTRY 1995:140, KITAGAWA / KAINUMA 1993:127ff.). Da die Karrieren in Wirtschaft und Bürokratie ebenfalls nach der Dauer der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Institution oder Organisation verlaufen, ist angesichts der Beschränkung des Ausbildungsortes auf nur wenige Universitäten und Fakultäten die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sich unter den Inhabern gesellschaftlicher Elitepositionen ehemalige Studienkollegen befinden. Hierbei sind nicht nur die Kontakte von Bedeutung, die sich durch das

Quelle: *Imidas* 2003:294f. Stand der Mandate: 9.9.2002 nach *Asahi gendai yôgo chiezô* 2003:364.

gemeinsame Studium an einer Fakultät ergeben, sondern auch jene Beziehungen, die auf der Mitgliedschaft in einem der zahlreichen Universitätsklubs beruhen, die Sport- und Freizeitaktivitäten ihrer Mitglieder organisieren und durch die Netzwerkbeziehungen quer durch alle Fachrichtungen entstehen. Die auf der Basis solcher Aktivitäten entstandenen freundschaftlichen Beziehungen haben oftmals lebenslangen Bestand (CUTTS 1997: 18f).

**Tab. 3: Verteilung der Lobbyabgeordneten nach Expertenfeld und Faktion**

Faktion / Partei	Gesamt	Expertenfeld										
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI
Hashimoto	26	3	2	5	1	2	3	2	2	1	2	3
Mori	20	1	0	0	2	5	2	3	0	3	2	2
Etô / Kamei	17	0	1	2	2	0	1	1	6	1	2	1
Yamasaki	9	1	1	0	0	3	0	0	0	1	1	2
Horinouchi	9	0	1	2	3	1	0	0	0	0	0	2
Katô	8	1	1	0	1	0	2	0	1	1	1	0
Kômura	4	0	0	1	0	0	0	1	1	1	0	0
Kôno	4	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	1
Ohne	2	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
<i>Hoshu shintô</i>	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
<b>N =</b>	<b>100</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>11</b>

Anm.: I = Verteidigung, II = Umwelt, III = Bau, IV = Finanzen, V = Handel, VI = Post, VII = Außenpolitik, VIII = Landwirtschaft und Forsten, IX = Erziehung und Bildung, X = Transportwesen, XI = Gesundheit und Arbeit. Im Falle der Übernahme bestimmter Spitzenfunktionen ruht üblicherweise während der Amtszeit die Faktionszugehörigkeit. In diesen Fällen wurde die vormalige Faktionszugehörigkeit zugrundegelegt.

Fast alle der hier untersuchten Lobbyabgeordneten (72 v. 76) verfügten über einen Hochschulabschluß, wobei annähernd 70% hiervon eine der fünf Top-Universitäten besuchten (Tab.4). Dieser Anteil liegt nochmals um etwa 10% über jenem 1999 für die Gesamtfraktion der LDP im Unterhaus ermittelten (vgl. SCHMIDT 2001: Tab. 6.11). Ein Viertel der Lobbyabgeordneten wies einen Abschluß an der Universität von Tôkyô auf, was in etwa dem 1999 festgestellten Anteil entsprach. Man kann somit auch im Falle der Lobbyabgeordneten darauf schließen, daß informelle Kontaktnetze, die sich durch eine gemeinsame Studienzeit an einer der Eliteuniversitäten ergeben, genutzt werden können zur informellen Kommunikation und Interessenkoordination.

**Tab. 4: Ort der Ausbildung der Lobbyabgeordneten**

Ort der Ausbildung	Anzahl	in %
<i>Tôdai</i>	18	25.0
<i>Kyôdai</i> / Hitotsubashi	2	2.8
Waseda/ Keiô	31	43.1
Andere Universität/ College*	21	29.2
<b>N =</b>	<b>72</b>	<b>100</b>

Anm: *Tôdai* = Universität von Tôkyô; *Kyôdai* = Universität von Kyôto.

\* Inkl. Fachhochschulen (*kôtô senmon gakkô*), Institute zur Lehrerausbildung vor 1945 (*shihan gakkô*) und Kurzzeituniversitäten (*tanki daigaku*).

Gut ein Drittel (34,2%) der Lobbyabgeordneten kamen aus der Wirtschaft, über ein Viertel (26,3%) sammelte in der Ministerialbürokratie die ersten beruflichen Erfahrungen und etwa 15% waren bereits vor ihrer Abgeordnetenlaufbahn im politischen Sektor als Sekretär eines Abgeordneten<sup>9</sup> tätig gewesen. Von Bedeutung waren zudem der Mediensektor (6,6%) und die Jurisprudenz (3,9%). Vergleicht man die hier ermittelten Anteile mit der Gesamtfraktion der LDP im Unterhaus 1999, so zeigt sich ein deutlich höherer Anteil von zuvor in der Wirtschaft Tätigen (+15,8%); auch ehemalige Ministerialbürokraten waren im vorliegenden Sample deutlich stärker vertreten (+6,4%; vgl. Tab.5). Da die Funktion der Lobbyabgeordneten im wesentlichen in der Koordination der Interessen von Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie besteht, wirken sich diese Muster der Rekrutierung begünstigend aus. Die ehemaligen Ministerialbürokraten können die Erfahrung ihrer Tätigkeit in der Zentralbürokratie einbringen und verfügen zumeist auch über sehr gute Kontakte zu „ihren“ ehemaligen Ministerien. Neben informellen Schulnetzwerken dürften somit auch die sogenannten „Old Boy“-Netzwerke (SCHAEDE 1995:293) und die aus der früheren Tätigkeit in der Privatwirtschaft bestehenden Kontakte die informelle Interessenabstimmung zwischen Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie begünstigen.

Erfahrung in der Kommunalpolitik ist eine wichtige, aber keine unabdingbare Voraussetzung. So begannen 20 Abgeordnete (26,3%) ihre öffentliche politische Karriere in lokalpolitischen Gremien und waren vor dem Eintritt in die nationale Politik in Stadt- oder Präfekturparlamenten vertreten, Bürgermeister

9 Jeder Abgeordnete kann auf Parteikosten zwei bezahlte Sekretäre beschäftigen. Die meisten Abgeordneten verfügen jedoch auch noch über zusätzliche Sekretäre, insbesondere in ihrem Wahlkreisbüro (Ramsdell 1992: 53, Anm. 1). Die Tätigkeit als Sekretär kann quasi als „Ausbildung“ zum Politiker angesehen werden, da die Sekretäre den Abgeordneten bei Konferenzen und in Ausschüssen begleiten, bei Treffen mit Beamten assistieren und Kontakte zu wichtigen Interessengruppen und den Unterstützerguppen (*kôenkai*) pflegen. Diese Tätigkeit wird folgerichtig auch als *Politik erlernen* (*seiji o manabu*) bezeichnet (*Seikan yôran* 1999, z. B. 59).



einer Kommune oder Gouverneur bzw. Vize-Gouverneur einer Präfektur. Dieser Prozentsatz liegt etwa 12% unter jenem der LDP-Gesamtfraktion im Unterhaus, der im Jahr 1999 38,4% betrug (SCHMIDT 2001: Tab. 6.13). Lobbyabgeordnete weisen somit keine starke lokale Verwurzelung auf, was ursächlich in der geringen Verankerung der LDP auf der Stadt- bzw. Gemeindeebene begründet liegt.

**Tab. 5: Sektor Berufseinstieg der Lobbyabgeordneten im Vergleich zur LDP-Unterhausfraktion 1999**

Sektor Berufseinstieg	(A) „Lobbyabgeordnete“ 2002		(B) LDP-Fraktion 1999		Proz.Diff. (A-B)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
Wirtschaft	26	34.2	49	18,4	15.8
Ministerialbürokratie	20	26.3	53	19.9	6.4
Politik (Sekretär e-s Abgeordneten)	11	14,5	79	29.7	-15.2
Medien	5	6.6	—*	—*	—
Jurisprudenz	3	3.9	3	1.1	2.8
Medizin	2	2.6	—	—	2.6
Erziehung und Bildung	2	2.6	13	4.9	-2.3
Landwirtschaft	1	1.3	—	—	1.3
Andere	1	1,3	41	15.4	-14.1
K.A.	5	6.6	28	10.5	-3.9
<b>N =</b>	<b>76</b>	<b>100</b>	<b>266</b>	<b>100</b>	

Quelle: Lobbyabgeordnete: Eigene Auszählung; Abgeordnete 1999: SCHMIDT 2001: Tab. 6.14.

Anm.: \* Ehemals in den Medien tätige Personen wurden 1999 angesichts der geringen Anzahl unter „Andere“ subsumiert.

Die Altersstruktur und die Dauer der Zugehörigkeit zum nationalen Parlament bestätigen die These, wonach Lobbyabgeordnete sich zumeist aus Personen mit langjährigen Parlamentserfahrungen rekrutieren. So war lediglich etwa ein Zehntel der Lobbyabgeordneten in einem Alter von unter 50 Jahren; annähernd 40% waren über 65 Jahre alt. Etwa 12% wies eine Zugehörigkeitsdauer von weniger als 9 Jahren auf, während etwa ein Viertel der Abgeordneten dem Parlament länger als ein Vierteljahrhundert angehörte (Tab. 6).

**Tabelle 6: Alter und Dauer der Zugehörigkeit zum nationalen Parlament**

Alter	Anzahl	in %	Jahre in nat. Politik*	Anzahl	in %
40–44	3	3.9	1 bis 4	3	3,9
45–49	5	6.6	5 bis 9	6	7.9
50–54	8	10.5	10 bis 14	14	18.4
55–59	17	22.4	15 bis 19	19	25.0
60–64	13	17.1	20 bis 24	16	21.1
65–69	12	15.8	25 bis 29	5	6.6
70–74	6	7.9	30 bis 34	9	11.8
75–79	9	11.8	35 bis 39	2	2.6
80+	3	3.9	40+	2	2.6
<b>N =</b>	<b>76</b>	<b>100</b>	<b>N =</b>	<b>76</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter 62.1</b>			<b>Jahre im Durchschnitt 20,0</b>		

Anm.: \* Mitgliedschaft im Unter- oder Oberhaus.

Die meisten der Lobbyabgeordneten können als „Politprofis“ bezeichnet werden, die einflußreiche Führungsfunktionen in Partei und Parlament einnehmen. So befanden sich unter den hier untersuchten Personen der amtierende Ministerpräsident, die drei Top-Offiziellen der LDP<sup>10</sup>, alle Faktionsführer (*habatsu kaichô*) der acht bestehenden Faktionen, vier amtierende Minister, drei Vizeminister sowie der Generalsekretär der *Hoshu shintô*.

Der Anteil an „Erb-Abgeordneten“ (*sesshû daigishi*), die ein politisches Mandat vom Vater, Großvater oder einem engen Verwandten „geerbt“ haben, war mit 56,6% (43 v. 76) im Vergleich zur Gesamtfraktion 1999 (38,7%) sehr hoch. Das Phänomen der „Erb-Abgeordneten“ kam gegen Ende der 60er Jahre auf, als die erste Generation der Nachkriegspolitiker abtrat, und hat sich mittlerweile als Rekrutierungsmuster insbesondere unter den LDP-Parlamentariern fest etabliert. Die „Erb-Abgeordneten“ weisen zumeist ein relativ frühes Einstiegsalter in die Politik auf, woraus sich aufgrund einer nach der Dauer der Parlamentszugehörigkeit verlaufenden Karriere erhebliche Vorteile ergeben (vgl. SCHMIDT 2001:243ff.). Dies dürfte auch der Grund für die hohe Anzahl an „Erben-Politikern“ unter den hier untersuchten Lobbyabgeordneten sein. Zudem kann vermutet werden, daß die Abgeordneten nicht nur ihr politisches Mandat son-

10 Dieses einflußreiche Führungstrio, bestehend aus dem Generalsekretär (*kanjichô*), dem Vorsitzenden des Ausschusses für politische Grundsatzfragen (*seichô kaichô*) und dem Vorsitzenden des Ausschusses für allgemeine Fragen (*sômu kaichô*), bildet zusammen mit dem Präsidenten der Partei (*sôsai*), der aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Vergangenheit zumeist gleichzeitig als Ministerpräsident amtierte, die Spitze der formalen Parteiorganisation.

dem auch das Netzwerk persönlicher Beziehungen und Interessenstrukturen „erben“, was sie für ihre Aufgabe als Lobbyabgeordnete prädestiniert.

Betrachtet man die parlamentarischen Vorpositionen, so hatten 95% mindestens eine parlamentarische Führungsfunktion als Minister oder Vizeminister inne, von diesen waren knapp 60% sowohl Vizeminister als auch Minister gewesen und vier Personen (5,3%) hatten einmal in ihrer Laufbahn als Ministerpräsident amtiert (Tab. 7).

**Tab. 7: Parlamentarische Vorpositionen der Lobbyabgeordneten**

Parlamentarische Vorpositionen*	Anzahl	in %
Vizeminister	22	28.9
Minister	1	1.3
Vizeminister und Minister	45	59.2
Vizeminister, Minister und Ministerpräsident	4	5.3
Keine	4	5.3
<b>N =</b>	<b>76</b>	<b>100</b>

Anm.: \* Inkl. der im Jahr 2002 gehaltenen Position.

Hinsichtlich der expertenfeldbezogenen Vorpositionen in Partei und Parlament wiesen allerdings 18% der Parlamentarier keine entsprechenden Vorpositionen auf und 29% hatten lediglich eine politikfeldbezogene Vorposition inne (Tab. 8). Annähernd die Hälfte der Lobbyabgeordneten sind somit als Laien im jeweiligen Politikfeld zu bezeichnen. Der in der diesbezüglichen Forschungsliteratur beschriebene Karriereweg durch die verschiedenen parteiinternen und parlamentarischen Gremien und einer hierdurch erfolgenden Spezialisierung auf einen bestimmten Fachbereich hat somit kaum mehr Gültigkeit. Man kann aus diesem Befund einen deutlichen Wandel von „Experten“ (*ekisupâto*) hin zu „Spontan-Lobbyisten“ (*niwaka zoku*) ablesen.

Die Tatsache, daß gut ein Viertel aller Lobbyabgeordneten in mehr als einem Politikfeld tätig war, erhärtet ebenfalls die Annahme, daß die fachliche Expertise der Lobbyabgeordneten zunehmend an Bedeutung verliert.

### Von Fachexpertise zum „Spontan-Lobbyismus“

Ein Grund für die Entkoppelung von Expertenfeld und Lobbybereich sind die über den Zeitverlauf stark angestiegenen Kosten für Politik. Die Ursachen dieser Kostensteigerung liegen zum einen im wahlkampfbedingten Aufwand, zum anderen ergeben sie sich aus dem Unterhalt für persönliche Unterstützerguppen (*kôenkai*), auf die sich vor allem die Parlamentarier der LDP in der Mobilisation von Wählerstimmen stützen.<sup>11</sup> Diese sind in der Regel nur auf den jeweiligen Abgeordneten zugeschnitten und weisen keine organisatorische Bindung zur

11 Zu den *kôenkai* ausführlich FUKUI / FUKAI 1996, SCHMIDT 2001: Kap. 5.2.2.

Partei auf, weshalb die Abgeordneten für die Kosten persönlich aufkommen müssen. Mitte der 1970er Jahre verfügten lediglich etwa 20% aller LDP-Abgeordneten über eine Unterstützervereinigung, doch gingen die Bestrebungen der einzelnen Kandidaten vor dem Hintergrund eines zunehmenden Wechselwählertrends dahin, diesen mit dem Ausbau der *kôenkai* zu begegnen, weshalb sich heute fast alle LDP-Kandidaten auf eine solche Gruppierung stützen. Die mit der Verbreitung der *kôenkai* einhergehende Kostenexplosion erforderte eine stetige Steigerung der Einnahmen des einzelnen Parlamentariers. Der Zwang zur Einwerbung politischer Finanzmittel, die von den Unternehmen als Gegenleistung für die Vertretung der verschiedenen korporativen Interessen gewährt werden, dürfte die multiple Vertretung von Interessen stark begünstigt haben. Die zunehmende Verquickung von (finanziellen) Privatinteressen und politischer Interessenwahrnehmung manifestiert sich seit der Mitte der 1970er Jahre in zahlreichen politischen Korruptionsskandalen, in die vorwiegend hochrangige Politiker der LDP verwickelt waren.

**Tab. 8: Expertenfeldbezogene Vorpositionen der Lobbyabgeordneten in Partei und Parlament**

Lobbyabgeordnete im Expertenfeld	Expertenfeldbezogene Vorpositionen*					
	0	1	2	3	4	N =
Verteidigung	0	3	3	0	0	6
Umwelt	2	1	3	0	0	6
Bau	1	4	3	2	0	10
Finanzen	2	2	2	4	0	10
Handel	3	5	2	1	0	11
Post	2	3	4	0	0	9
Außenpolitik	3	4	2	0	0	9
Landwirtschaft/ Forsten	2	2	4	2	0	10
Erziehung/Bildung	10	1	7	1	0	9
Transportwesen	1	2	0	6	0	9
Gesundheit/ Arbeit	2	2	1	4	2	11
<b>N =</b>	<b>18</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>20</b>	<b>2</b>	<b>100</b>

Anm.: \* Berücksichtigt wurden die Positionen des Leiters einer dem Expertenfeld entsprechenden Unterabteilung des Ausschusses für politische Grundsatzfragen der LDP (*bukaichô*), des Leiters eines entsprechenden Ausschusses im Unterhaus (*iincho*) sowie die des politischen Vizeministers (*jimujikan / fuku daijin*) und des Ministers (*kokumu daijin*) im jeweiligen Politikfeld.

Im Zuge der politischen Reformen des Jahres 1994 (*seiji kaikaku*)<sup>12</sup> wurde ein Gesetz zur öffentlichen Finanzierung politischer Parteien verabschiedet, ein restriktives Regelwerk hinsichtlich der Ausgaben der einzelnen Politiker erlassen sowie die Spendenpraxis von Unternehmen an einzelne Politiker untersagt, was eine gewisse Unabhängigkeit der Parteien von politischen Spenden und eine Reduktion der Ausgaben der Politiker zur Folge haben sollte, doch ist deren Finanzbedarf nach wie vor enorm. Die gesetzlichen Grundlagen bieten wie zuvor Schlupflöcher für die illegale Einnahme politischer Spenden, und die diversen Skandale der jüngsten Vergangenheit um politische Gelder lassen Zweifel aufkommen an der Umsetzung der angestrebten Reformziele, weshalb dem politischen Lobbyismus auch in Zukunft eine bedeutende Rolle in der Finanzierung politischer Aktivitäten zukommen dürfte.

Neben diesem Aspekt trug vor allem auch die Änderung des Wahlrechts Mitte der 1990er Jahre zur Entwicklung hin zu einem „Spontan-Lobbyismus“ bei. Zwischen 1947 und 1993 wurden die Sitze des Unterhauses in 130 „mittelgroßen Wahlkreisen“ bzw. Mehrerwahlkreisen vergeben, denen jeweils 2 bis 6 Mandate zugeordnet waren, in denen oftmals Kandidaten der gleichen Partei, insbesondere der LDP, gegeneinander kandidierten. Seit den politischen Reformen von 1994 gilt ein neues Wahlgesetz, welches bei der Unterhauswahl 1996 zum ersten Mal angewandt wurde und nunmehr ein gemischtes Wahlsystem aus 300 Einerwahlkreisen und 180 Blocklistenmandaten der Parteien vorsieht. Verteilte sich die Vertretung der korporativen Interessen des Wahlkreises zuvor noch auf mehrere (LDP-)Kandidaten, so ist der Kandidat des Einerwahlkreises seit den Reformen gezwungen, die Wahrnehmung unterschiedlicher Interessen seines Wahlkreises durch seine Person zu gewährleisten. Die Hypothese eines Zusammenhanges zwischen der Wahlrechtsänderung und der Verbreitung des „Spontan-Lobbyismus“ wird gestützt durch die Tatsache, daß fast alle (63 von 71) der hier untersuchten Lobbyabgeordneten, die Mitglieder des Unterhauses waren, in einem der Einerwahlkreise gewählt wurden und lediglich 8 Abgeordnete ihr Mandat in einem der Verhältniswahlkreise erlangten (Tab.9).

Die Entwicklung hin zum „Spontan-Lobbyismus“ hat unterschiedliche Auswirkungen. Zum einen wird durch die multiple Interessenvertretung die verbotene Einflußnahme begünstigt. Zu Beginn des Aufkommens der Lobbyabgeordneten konnten noch bestimmte bedeutende LDP-Abgeordnete mit einem einzelnen Politikfeld identifiziert werden, woraus eine gewisse Transparenz der Interessenvermittlung resultierte. Die spontane Vertretung von unterschiedlichen Interessen bringt jedoch ein sinkendes Maß an Sichtbarkeit und Kontrolle mit sich. Zum anderen führt die Entkoppelung von Politikfeld und Lobbybereich zu

---

12 In den Jahren 1993–94 wurden von der damaligen Regierung Hosokawa (Aug. 1993 – April 1994), einer Mehrparteienkoalition ohne Beteiligung von LDP und KPJ, tiefgreifende politische Reformen durchgeführt. Das am 18.11.1993 vom Unterhaus verabschiedete Reformpaket umfaßte neben der Reform des Wahlgesetzes eine Revision des Gesetzes zur Regulierung politischer Geldzuwendungen sowie ein Gesetz zur öffentlichen Parteienfinanzierung.

einer gestärkten Rolle der Ministerialbürokratie. So betonte vor allem Muramatsu (1981, 1993:56), daß mit dem Aufkommen der Lobbyabgeordneten innerhalb der regierenden LDP eine deutliche Professionalisierung der Politiker einherging, welche ihr Gewicht gegenüber der traditionell äußerst einflußreichen japanischen Bürokratie deutlich stärkte (ähnlich SATÔ / MATSUZAKI 1986). Das zunehmende Agieren der Abgeordneten in Politikbereichen, in denen sie auf keinerlei Erfahrungen verweisen können, läßt jedoch darauf schließen, daß die meisten von ihnen – ungeachtet ihrer langjährigen Erfahrungen im politischen Sektor – im politischen Prozeß in fachlicher Hinsicht zunehmend auf die Ministerialbürokratie angewiesen sein dürften.

**Tab. 9: Wahlkreis der Lobbyabgeordneten**

<i>Wahlkreis</i>	<b>Anzahl</b>	<b>in %</b>
<b>Unterhaus</b>	<b>71</b>	<b>93.4</b>
<i>Einerwahlkreis</i>	63	88.7
<i>Verhältniswahlkreis</i>	8	11.3
<b>Oberhaus</b>	<b>5</b>	<b>6.6</b>
<b>N =</b>	<b>76</b>	<b>100</b>

### **Konklusion**

Lobbyismus in Japan ist gekennzeichnet durch einen informellen, nicht-institutionalisierten Charakter und die Tatsache, daß er sich auf die Ausbalancierung der Interessen von Wirtschaft, Politik und Ministerialbürokratie beschränkt. Diese Form der Interessenvertretung widerspricht damit sowohl dem pluralistischen Konzept der Interessenartikulation als auch dem korporatistischen Modell der institutionalisierten Verbändeinbindung. Dies ist vorwiegend ein Resultat der anhaltenden Vorherrschaft der konservativen LDP im politischen System Japans und des geringen Einflusses der Oppositionsparteien auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß.

Die Lobbyabgeordneten, die als wichtigstes Glied der Interessenabstimmung fungieren, rekrutieren sich überwiegend aus langjährigen Abgeordneten der LDP und können durchweg als „Polit-Profis“ mit Erfahrungen in den unterschiedlichsten Positionen bezeichnet werden. Im Prozeß der Interessenabstimmung greifen sie auf persönliche Netzwerke zurück, die sich durch den Besuch gleicher Eliteuniversitäten sowie früherer Tätigkeiten in Wirtschaft und Ministerialbürokratie ergeben. Diese Netzwerke verbessern die Voraussetzungen für die informelle Elitekommunikation, doch bergen sie gleichzeitig auch die potentielle Gefahr in sich, daß durch die Ausnutzung solcher persönlicher Beziehungen Absprachen und Regelungen „hinter verschlossenen Türen“ getroffen werden.

Der in früheren Studien festgestellte Karriereweg durch die verschiedenen parteiinternen und parlamentarischen Gremien und die hierdurch erfolgende

Spezialisierung der Abgeordneten auf einen bestimmten Fachbereich, dessen Interessen sie vertreten, hat nur noch bedingte Gültigkeit. Wie deutlich wurde, zeigt sich ein Trend weg von „Experten“ und hin zu „Spontan-Lobbyisten“, die je nach Bedarf im Gesetzgebungsprozeß verschiedene Interessen nach opportunistischen Gesichtspunkten vertreten, ohne hierbei auf fachliche Kompetenz verweisen zu können. Dies erklärt sich zum einen aus der Verschiebung der Prioritäten der einzelnen Abgeordneten, deren Schwerpunkt nunmehr auf der Einwerbung finanzieller Mittel liegt, und zum anderen durch die mit der Wahlrechtsänderung erfolgte geografische Konzentration von Interessen in den Einerwahlkreisen.

Diese Entwicklung hat verschiedenen Auswirkungen. So wächst die Gefahr verborgener Einflußnahme und Intransparenz, da keine klare Zuordnung von Abgeordneten und Lobby mehr möglich ist. Die personelle Bekanntheit eines Lobbyisten und die damit einhergehende Personifizierung bestimmter Interessen gehört jedoch zu den Grundvoraussetzungen lobbyistischer Politik, deren Mißachtung leicht zum Überschreiten des ohnehin schmalen Grades zwischen Lobbyismus und käuflicher Politik führt. Der Trend zum „Spontan-Lobbyismus“ läßt befürchten, daß sich lobbyistische Interessenvertretung in Japan ganz und gar zu interessiertem Stimmenkauf wandelt. Die mit den politischen Korruptionsskandalen einhergehende, weitverbreitete Politikverdrossenheit in der Bevölkerung dürfte sich dadurch weiter verstärken.

Zudem resultiert aus der Entkoppelung von Expertenfeld und Interessenvertretung eine Entprofessionalisierung der Politiker, welche die Rolle der japanischen Ministerialbürokratie deutlich stärkt. Als Folge dieses Prozesses könnte sich die Bürokratie aufgrund mangelnder parlamentarischer Kompetenz von einem Herrschaftsmittel demokratisch legitimierter Politik erneut zu einem unkontrollierbaren Herrschaftsfaktor entwickeln.

### Literaturverzeichnis

ALMOND, Gabriel A. / G. BINGHAM Powell Jr./Kaare STRØM/Russel J. DALTON (2004): *Comparative Politics Today. A World View*. 8. Aufl. New York u. a.: Longman.

*Asahi gendai yôgo chiezô 2003* (2002) (Asahi-Verzeichnis aktueller Termini). Tôkyô: Asahi shinbun sha.

BOBKE, Manfred H. / Wolfgang LECHER (1990): *Arbeitsstaat Japan: Arbeitsbeziehungen, Arbeitszeit und Arbeitsrecht*. Köln: Bund-Verlag.

CUTTS, Robert L. (1997): *An Empire of Schools: Japan's Universities and the Molding of a National Power Elite*. Armonk und London: M.E. Sharpe.

CZADA, Roland (1992): „Korporatismus“, in: *Lexikon der Politik Bd. 3: Die Westlichen Länder*. Hg.: Manfred G. Schmidt. München: Beck: 218–224.

- FUKUI, Haruhiro / Shigeko N. FUKAI (1996): „Pork Barrel Politics, Networks, and Local Economic Development in Contemporary Japan“, in: *Asian Survey* 36:268–286.
- HREBENAR, Ronald J. / Matthew J. BURBANK / Robert C. BENEDICT (1999): *Interest Groups, and Political Campaigns*. Boulder: Westview Press.
- HREBENAR, Ronald J. / Akira NAKAMURA (2000): „The Liberal Democratic Party: Still the Most Powerful Party in Japan“, in: *Japan's New Party System*. Hg.: Ronald J. Hrebenar. Boulder und Oxford: Westview Press: 85–147.
- Imidas 2003* (2002). Tôkyô: Shûseisha.
- INOUCHI Takashi / IWAI Tomoaki (1987): „Zokugiin” no kenkyû (Eine Studie über die Lobbyabgeordneten). Tôkyô: Nihon Keizai shinbun sha.
- KERBO, Harold R. / John A. MCKINSTRY (1995): *Who Rules Japan? The Inner Circles of Economic and Political Power*. Westport, Connecticut / London: Praeger.
- KITAGAWA Takayoshi / KAINUMA Jun (1993): *Nihon no erito* (Die Elite Japans) Tôkyô: Otsuki shoten. 1. Aufl. 1985.
- LEHMBRUCH, Gerhard / Philippe C. SCHMITTER (1982): *Patterns of Corporatist Policy-Making*. London / Beverly Hills: Sage.
- LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI JAPANS (2004): *The Organization of the LDP: A Brief Overview*: 1–4.  
<http://www.jimin.jp/jimin/english/overview/07.html> (Aufruf am 31.05.2004)
- MILBRATH, Lester (1963): *The Washington Lobbyists*. Chicago: Rand McNelly.
- MURAMATSU Michio (1981): *Sengo Nihon no kanryôsei* (Die Bürokratie im Japan der Nachkriegszeit). Tôkyô: Tôyô keizai shinpô sha.
- MURAMATSU, Michio (1993): „Patterned Pluralism under Challenge: The Policies of the 1980s“. In: *Political Dynamics in Contemporary Japan*. Hg.: Gary D. ALLINSON / Yasunori SONE. Ithaca / London: Cornell University Press: 50–71.
- PEMPEL, T.J. / Keiichi TSUNEKAWA (1979): „Corporatism without Labour: The Japanese Anomaly“, in: *Trends Toward Corporatist Intermediation*. Hg.: Philippe C. SCHMITTER / Gerhard LEHMBRUCH. Beverly Hills: Sage: 231–270.
- RAMSDELL, Daniel B. (1992): *The Japanese Diet: Stability and Change in the Japanese House of Representatives, 1890–1990*. Lanham, Maryland: University Press of America.
- SATÔ Seizaburô / MATSUZAKI Tetsuhisa (1986): *Jimintô seiken* (Die LDP-Regierung). Tôkyô: Chûô kôron sha.



- SCHMIDT, Carmen (2001): *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum.
- SEIFERT, Wolfgang (1997): *Gewerkschaften in der japanischen Politik von 1970–1990 – der dritte Partner?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Seikai kanchō jinji roku* (Personenverzeichnis für Politik und Verwaltung) (2003). Tôkyô: Tôyô keizai shinpô sha.
- Seikan yōran* (Verzeichnis der Politik und Verwaltung) (1999). Tôkyô: Seisaku jihô sha.
- SCHAEDE, Ulrike (1995): „The ‚Old Boy‘ Network and Government-Business Relationships in Japan“, in: *Journal of Japanese Studies* 21: 293–317.
- Shûkan Asahi* (1.3.2002): „Zokugijin 100 nin risuto“. (Liste der 100 Lobbyabgeordneten): 24–25.
- STEFFANI, Winfried (1980): *Pluralistische Demokratie: Studien zur Theorie und Praxis*. Opladen: Leske und Budrich.
- WATANABE Masao / Carmen SCHMIDT (2004): „Die wirtschaftliche Elite Japans: Rekrutierungsmuster und Netzwerkbeziehungen“, in: *Japan aktuell* 1: 56–66.